

Antrag 39/II/2025 KDV Steglitz-Zehlendorf

Keine Spekulation mit Leerstand bei gewerblichen Flächen – Länder und Kommunen handlungsfähig machen

Beschluss: Annahme

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage einzusetzen, mit der Länder und Kommunen wirksam gegen den spekulativen Leerstand von Gewerbegebäuden vorgehen können.

Entsprechend soll die Bundesregierung auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf entwickeln und vorlegen, der Ländern und Kommunen ermöglicht:

1. ein verpflichtendes Leerstandsregister für gewerbliche Flächen einzuführen,
2. Gebühren oder Abgaben auf dauerhaft leerstehende Gewerbegebäude zu erheben,
3. Zwischennutzungen rechtssicher zu erleichtern und zu fördern.

Überweisen an

Landesgruppe